

Bürgerinitiative „Pro VITA“
Gemeinde Broderstorf
Landkreis Rostock
Amtsbereich „Carbäk“

i.A. Burkhard Grunow
Fienstorf 10A4
18184 Broderstorf

Landtag Mecklenburg-Vorpommern
Petitionsausschuss
Vorsitzender Herr Manfred Dachner
Lennéstraße 1
19053 Schwerin

11.03.2013

Betreff: Errichtung und Betreibung einer Hähnchenmastanlage

Sehr geehrter Herr Dachner,
sehr geehrte Damen und Herren,

in unserer Gemeinde Broderstorf Ortsteil Fienstorf, unmittelbar vor den Toren der Hansestadt Rostock, ist durch den Betreiber der AGB Broderstorf, Herrn J. Kühl, eine Hähnchenmastanlage mit 4 Großställen für je 45.000 Tiere, also in der Größenordnung von 180.000 Tieren pro Mastdurchgang, geplant.

Durch die Anwohner der Ortsteile Fienstorf, Öftenhåven und Steinfeld, die unmittelbar betroffen sind, wurden fristgerecht über 90 Stellungnahmen und Einwendungen bei der Genehmigungsbehörde StALU MM eingereicht.

Seit Jahren können Sie mitverfolgen, wie immer mehr Einwohner des Landes Mecklenburg-Vorpommern gegen solche Großmastanlagen, ob es Schweinemast- oder Hähnchenmastanlagen sind, protestieren.

Dieser Protest richtet sich nicht nur gegen solche Großmastanlagen, sondern auch gegen diese Landwirtschaftspolitik der Landes – SPD, insbesondere gegen die Politik des Landwirtschaftsministers Herrn Backhaus.

Bei Wahlkampfkampagnen von Herrn SELLERING und Herrn BACKHAUS wird immer wieder betont, dass das Land Mecklenburg-Vorpommern zu einem Gesundheitsland ausgebaut werden soll.

Gilt das nur für die Seebäder oder für das gesamte Land und deren Einwohner?

Herr MEYER, Leiter des StALU MM, hat sich bei der letzten Bauernkonferenz beklagt, dass immer mehr rechtliche Schritte gegen die Entscheidungen des StALU MM eingeleitet werden.

Das ist auch nachvollziehbar, weil das StALU MM sich nur auf die schöngefärbten Aussagen von Stellungnahmen beruft, die im Interesse der Antragssteller erarbeitet wurden. Wissenschaftlich fundierte Aussagen und Untersuchungen, von bestehenden Anlagen, werden in der Entscheidungsfindung nicht berücksichtigt.

Auch bei der geplanten Anlage in Fienstorf sind im Bauantrag wesentliche Mängel und auch Falschaussagen vorhanden.

Es wird z.Z. in Mecklenburg-Vorpommern fasst immer gegen die Menschen und für die Investoren entschieden, weil u.a. der Landwirtschaftsminister, im Einklang mit der SPD-Politik, eine Lobby-Politik betreibt.

Unverständlich ist dieses im Besonderen deshalb, da andere Bundesländer den Schritt gegangen sind, keine Großmastanlagen mehr zu genehmigen, weil wissenschaftlich nachgewiesen wurde, dass erhebliche Dioxinbelastungen in der Luft und im Grundwasser entstehen. Die Regierung von Mecklenburg – Vorpommern tut so, als ob es diese Studien nicht gibt. Jedenfalls eine veränderte Politik im Sinne der Einwohner des Landes ist nicht erkennbar.

Der Mensch, als das höchste Gut, wird in den Studien in unserem Bundesland gar nicht oder wenig berücksichtigt. Jeder Vogel oder Hamster wird in der UVP-Studie höher bewertet als der Mensch.

Man kann somit den Eindruck erhalten, dass dies von der Politik, insbesondere von Herrn Backhaus, so gewollt ist. Dies ist auch schon genügend durch Beschwerden, und Demonstrationen, Bürgerbegehren etc. zum Ausdruck gebracht worden.

In unserer Bürgerinitiative geht es um den Menschen und um das Tier, Pro Vita (Für das Leben). Es ist unumstritten, dass eine Stallluft bei so einer Großmastanlage außerordentlich belastet ist. Die Stallluft setzt sich aus mehreren festen und flüchtigen Komponenten zusammen. Für die Betrachtung möglicher gesundheitlicher Risiken sind insbesondere die Bioaerosole, Biotoxine und die einatembaren Stäube zu berücksichtigen.

Bioaerosole sind luftgetragene Teilchen biologischer Herkunft (DIN EN 13098 : 2001).

Darunter werden alle im Luftraum befindlichen Ansammlungen von Partikeln, denen Pilze (Sporen, Konidien, Hyphenbruchstücke), Bakterien, Viren und/oder Pollen sowie deren Zellwandbestandteile und Stoffwechselprodukte anhaften bzw. diese beinhalten, verstanden.

Fasst man den Begriff enger auf Wirkungen sind Bioaerosole solche Aerosole, die Partikel biologischen Ursprungs oder biologische Aktivität enthalten, welche auf Lebewesen durch Infektiosität, allergische Eigenschaften, Toxizität und pharmakologische oder ähnliche Vorgänge einwirken können.

Endotoxine sind Bestandteile der Zellwand bestimmter Bakterien wie z. B. die E.coli, Salmonella, Pseudomonas, Shigella, Neisseria, Haemophilus und einiger anderer Bakterienarten. Die Endotoxine sind, im Gegensatz zu den Bakterien, aus denen sie stammen, gegenüber äußeren Einflüssen sehr widerstandsfähig und ihre biologische Aktivität kann über viele Jahre erhalten bleiben.

Endotoxine können, wenn sie nicht an größere Staubpartikel gebunden sind, lange in einem schwebefähigen Zustand bleiben. Sie können noch lange nach der Emission in der Umgebung von Mastanlagen nachgewiesen werden.

Sie sind potente entzündungsfördernde Substanzen. Zu den gesundheitlichen Auswirkungen einer Endotoxinbelastung zählen die Verschlechterung der Lungenfunktion, ODS, Schleimhautentzündungen, nichtallergisches Asthma, nichtallergische Rhinitis und das Sickbuilding syndrome.

Reicht dies noch nicht aus?

Ist das das Gesundheitsland Mecklenburg –Vorpommern, wie dies von Ihnen proklamiert wird? Auch wenn die Mastanlage ca. 750 m von Fienstorf entfernt ist, so ist die Kothalle in nur 350 m vom Wohnort entfernt.

Bei der Genehmigung der Biogasanlage (350 m von den Wohnhäusern in Fienstorf entfernt) wurde eine Kothalle mit genehmigt, ohne eine UVP.

Warum wundert sich Herr Meier, als Leiter StALU MM, dass immer mehr Menschen rechtlich gegen Entscheidungen des StALU MM vorgehen. Dieses ist jedoch nach der Genehmigung von Anlagen die einzige Möglichkeit, um gegen menschenverachtende Entscheidungen vorzugehen.

Meinen Sie, dass in einem hochkonterminierte Lager, wie der Kothalle, die Bakterien nicht unmittelbar das Dorf Fienstorf belasten, unabhängig von der starken Geruchsbelästigung.

Auch in unserem Dorf leben Menschen, die nicht nur Steuern zahlen, in der Annahme, dass es bis zum Landtag durchgedrungen ist, dass auch sie von den Steuern partizipieren, sondern auch Eigentum geschaffen haben.

Es ist unwiderruflich, dass bei solch einer Mastanlage, (ein Windpark wurde auch schon in unmittelbarer Nähe errichtet) das Eigentum wesentlich wertgemindert wird.

Mit diesem Wissen betreibt Ihr SPD-Kollege Herr Backhaus eine Wertvernichtung, nur damit ein Bauer eine Wertschöpfung bekommt.

Bei einer Gegenrechnung ist die Wertminderung der Grundstücke wesentlich höher, als die Errichtung solch einer Mastanlage. Wer entschädigt die Eigentümer der entwerteten Grundstücke?

Erlaubt sei auch noch die Bemerkung, dass im Wohnort von Herrn Backhaus ebenfalls eine Hühnermastanlage errichtet werden sollte. Dies hat Herr Backhaus mit vollem Verständnis verhindern können.

Sehr geehrter Herr Dachner,
sehr geehrte Ausschussmitglieder,

unsere Bürgerinitiative möchte Sie bitten, dass die Landwirtschaftspolitik der Landesregierung, insbesondere also die von Landwirtschaftsminister Herrn Backhaus, auf die Tagesordnung kommt.

Am 27.07.2010, also 1 Jahr vor der Landtagswahl, hat der Ministerpräsident Selling gesagt:

„Unsere Gesellschaft steht vor großen Herausforderungen. Wir wollen sie meistern. Dabei sind wir auf Hilfe angewiesen – Hilfe von Menschen, die mitmachen und sich einmischen. Auf diejenigen, die Position beziehen wollen zu den großen Zukunftsfragen. Aber auch auf die, die sich vor Ort um einen neuen Kinderspielplatz kümmern oder sich für **die Umwelt** engagieren.“

Wir, die Bürgerinitiative Pro Vita, wollen uns für die Menschen, für eine gesunde Ernährungswirtschaft und für eine gesunde Umwelt einsetzen.

Wenn Sie diese Punkte eingehend analysieren, müssen Sie feststellen, dass in allen Punkten der Landwirtschaftsminister sich im hohen Maße kontraproduktiv für Ihre Politik einsetzt.

Auch das StALU MM sollte endlich den Menschen wieder in den Mittelpunkt stellen, und nicht nur Erfüllungsgehilfe von Lobbyisten sein.

Wir haben unseren Rechtsstaat, unser wunderschönes Land Mecklenburg-Vorpommern mit unserer Arbeit, mit unserem Engagement und nicht unerheblich mit unseren gezahlten Steuern mit aufgebaut. In diesem Vertrauen wenden wir uns an Sie, dass die durch Sie (Landtag) proklamierte menschenwürdigere Politik der Landesregierung umgesetzt wird und nicht durch Einzelne in eine Menschenunwürdigkeit abdriftet.

Im Auftrage der Bürgerinitiative

Burkhard Grunow